



Reinhardtstraße 36

10117 Berlin

Tel. 030 746 846 – 0

Fax 030 746 846 – 16

bundesverband@marburger-bund.de

www.marburger-bund.de

Berlin, 08.10.2008

Stellungnahme des Marburger Bund Bundesverbandes zu den Anträgen

- „Gesundheitsfonds stoppen – Beitragsautonomie der Krankenkassen bewahren“ der Fraktion der FDP
(BT-Drs. 16/7737)
- „Gesundheitsfonds stoppen – Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich einführen“ der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(BT-Drs. 16/8882)

**anlässlich der Anhörung im Ausschuss für Gesundheit des
Deutschen Bundestages am 15. Oktober 2008.**

Eine gute Gesundheitsversorgung für die gesamte Bevölkerung in einem guten Gesundheitssystem kostet Geld und braucht eine gesicherte und nachhaltige Finanzierungsgrundlage. Die Kosten dafür werden aller Voraussicht nach auch in den kommenden Jahren stärker ansteigen als die der durchschnittlichen Lebenshaltung sonst. Der Marburger Bund setzt sich dafür ein, dass jeder Mann und jede Frau, jedes Kind und jeder Ältere die medizinische Versorgung erhalten können, die möglich ist und der Wiederherstellung der Gesundheit dient. Aus Rationalisierung im System darf nicht Rationierung durch das System werden.

Es ist unbestritten, dass die demografische Entwicklung, der medizinische Fortschritt und die bisher fast ausschließliche Finanzierung der Gesetzlichen Krankenkassen über Löhne, Gehälter und Lohnersatzesinkommen eine grundlegende Reform der gesetzlichen Krankenversicherung erforderlich machen.

Die Ergebnisse der Reformbemühungen müssen daran gemessen werden, ob sie die hohe Effizienz und Qualität des heutigen Gesundheitswesens sichern und weiterentwickeln, allen Bürgern die Teilhabe am medizinischen Fortschritt ermöglichen und die Finanzierungsgrundlagen den Herausforderungen entsprechend verbessern.

Der vom Gesetzgeber zum 01.01.2009 geplante Gesundheitsfonds als Kernelement einer Gesundheitsreform bietet in seiner gegenwärtig erkennbaren Form keine ausreichenden Antworten auf die zentralen Herausforderungen der GKV.

Insbesondere beseitigt er nicht die in den letzten Jahren immer bedrohlicher gewordene Einnahmeschwäche der gesetzlichen Krankenversicherung:

- Durch die weit überwiegende Finanzierung des Fonds im Wesentlichen aus lohnbezogenen Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern fließen zu wenig zusätzliche Mittel in das System, zudem wird die Koppelung von Gesundheits- und Arbeitskosten langfristig zementiert.
- Zusätzlich in den Fonds fließende Steuermittel zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben stellen jedoch nur vordergründig eine nachhaltige Finanzierungsquelle dar, da sie – wie die Vergangenheit gezeigt hat – außerordentliche konjunktur- und politikanfällig sind. Die von den Regierungsfractionen im Gesetzgebungsverfahren eingebrachte Argumentation, dass durch die anteilige Finanzierung aus dem Bundeshaushalt die Finanzierung

der GKV „auf eine langfristig gerechtere und beschäftigungsfördernde Basis gestellt“ wird, muss sich in der Realität erst bestätigen. Sie setzt nämlich voraus, dass die entsprechenden Steuermittel mit der gleichen Sicherheit fließen wie die Beitragsmittel. Daran bestehen auch im Blick auf die Unterfinanzierung der über Steuermittel zu finanzierenden Investitionskosten der Krankenhäuser beträchtliche Zweifel.

So ist der Marburger Bund wie die Antragssteller der Ansicht, dass der Gesundheitsfonds die Probleme der Gesetzlichen Krankenversicherung nicht löst sondern eine Reihe neuer Probleme hervorruft.

Dabei ist nicht der Anstieg der Beitragssätze das wesentliche Problem des Fonds, sondern die wachsende Rolle des Staates und des Zentralismus. Davon geht die Gefahr aus, in Zukunft alle Entscheidungen im Gesundheitswesen auf einen einzigen Maßstab auszurichten, den (finanz-)politisch statt medizinisch-gesundheitspolitisch definierten zentralen Beitragsatz.

Im Interesse der Patienten muss dieser Gefahr entgegengewirkt werden, politisches Handeln muss sich auch künftig am Wohl der Patienten orientieren. Die Vielfalt und Individualität der Entscheidungen im Gesundheitswesen ist von einer einzigen Zentrale aus kaum zu überblicken, geschweige denn zu steuern. Bundesregierung und Bundestag dürfen sich angesichts des Fonds nicht wundern, wenn sie demnächst für alle Probleme im Gesundheitswesen verantwortlich gemacht werden.

Die Veröffentlichung des geplanten einheitlichen Beitragsatzes für 2009 in Höhe von 15,5% hat bereits gezeigt, welche Diskussionen in Zukunft jährlich zu erwarten sind.

Der Marburger Bund erneuert in diesem Zusammenhang seine Forderung, dass bei der Festlegung des Beitragsatzes für die Gesetzliche Krankenversicherung ausreichend Mittel für die Krankenhäuser berücksichtigt werden müssen.

Die bislang im Krankenhausfinanzierungsrahmengesetz vorgesehene Finanzspritze ist unterdosiert und erfüllt diese Forderung nicht.

Als nicht fair betrachtet der Marburger Bund insbesondere, dass damit Tarifierhöhungen nur zu 50% refinanziert werden können.

Die seit Jahren andauernde Unterfinanzierung der deutschen Krankenhäuser wird auf diese Weise nur gebremst aber nicht beendet, die Arbeitsbedingungen werden voraussichtlich nicht verbessert und der Personalabbau auch jetzt nicht gestoppt.

Insgesamt ist den Antragstellern zuzustimmen, dass der geplante Gesundheitsfonds in seiner jetzigen Form keine dauerhafte Lösung der vielfältigen Finanzprobleme der GKV bringt. Ordnungspolitisch ist der eingeschlagene Kurs ebenfalls falsch, da er den Weg bahnt zu einer staatlich gelenkten Einheitsversicherung mit einem allmächtigen und allgegenwärtigen Staat.

Eine solche Entwicklung wird vom Marburger Bund nachdrücklich abgelehnt.